net 2500 Euro netto verlangt habe. Zuzüglich eines Bausparzuschusses und des Schulgelds für die Kinder. Ein interessierter Mittelständler sei jedoch nicht zum Zug gekommen, Volkswagen habe ihn überboten.

Das zeigt: Die Bedingungen in China haben sich grundlegend gewandelt, einige Unternehmen korrigieren deshalb ihre Strategie. HeidelbergCement will andere Märkte stärker ins Visier nehmen. Während in China der Zementverbrauch den Höhepunkt schon überschritten habe, gebe es in Indonesien noch Spielraum.

Auch ThyssenKrupp passt sich den neuen Gegebenheiten an, der Stahlkonzern wechselt seinen Kurs in der Personalpolitik: Gesucht wird ein neuer Typ Führungskraft. Bislang hat der Konzern Manager eingestellt, die für Wachstum und Expansion standen, Unternehmertypen, wie man sie in den USA findet. Nun fahndet man nach Spitzenkräften, die stärker auf Effizienz, Sparsamkeit und Produktivität ausgerichtet sind, der deutsche Managertypus gewissermaßen. Solche Tugenden werden demnächst auch in China wichtiger.

So sind die deutschen Unternehmen gewissermaßen gefangen in ihrem Chinaabenteuer, in das sie sich vor vielen Jahren gestürzt haben. Einige würden am liebsten ihr Engagement zurückfahren. Doch der Stellenwert des Marktes ist so groß, dass sie nicht mehr darauf verzichten können.

„Keines von Chinas Nachbarländern hat auch nur annähernd ein solches Potenzial“, sagt Stephan Luerssen, Geschäftsführer für China des Sindelfinger Kältetechnikherstellers Bitzer. In Indien beispielsweise würden pro Jahr etwa 20 000 Autobusse hergestellt. In China seien es annähernd 150 000 – und davon hätten 90 000 eine Klimaanlage.

An China kommt kaum einer vorbei. Aber wer dort ist, muss – anders als früher – auch mit Rückschlägen rechnen. Diese Unsicherheit gehört zur „neuen Normalität“, von der in China jetzt oft die Rede ist. Die Schattenbanken, die Immobilienblase, der Schuldenberg der Unternehmen: Überall lauern konjunkturelle Risiken.

Schon deshalb wird das Land in Zukunft kaum mehr die Retterrolle spielen können, die es während der Finanzkrise vor sieben Jahren innehatte. Damals konnte sich Deutschland vor allem durch die Ausfuhr seiner Güter nach Fernost quasi aus der Rezession exportieren. „Wir lieferten genau das, was die Chinesen brauchten: Maschinen und Statussymbole“, sagt Mercs-Chef Heilmann.

Noch einmal wird dies kaum gelingen. Zwar gibt es sicher irgendwann wieder eine Finanzkrise. Aber dann gibt es kein zweites China.

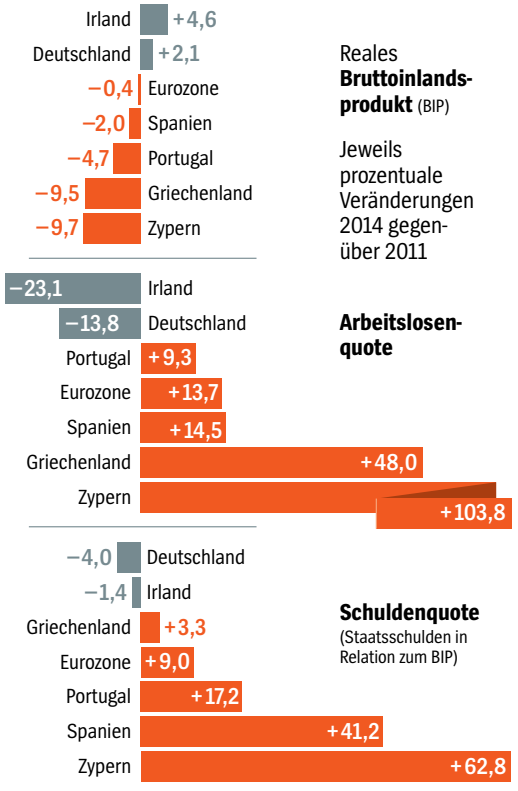
Frank Dohmen, Dietmar Hawranek, Alexander Jung, Bernhard Zand

Faktencheck der SPIEGEL-Dokumentation

Ist die Eurozone stabilisiert?

DAS PROBLEM Griechenland werde seine Schulden so lange nicht zurückzahlen können, wie es einem „fiskalischen Waterboarding“ ausgesetzt sei, sagt Ministerpräsident Alexis Tsipras. Er meint damit, dass die seinem Land von der EU auferlegte Sparpolitik gleichsam die Luft raube, die es für einen wirtschaftlichen Aufschwung benötige.

Anderer Meinung ist Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble. Er hält die Sparpolitik für alternativlos und verweist auf die sich mittlerweile einstellenden Erfolge Portugals, Irlands, Spaniens und Zyperns, also Staaten, die sich den Bedingungen der EU-Hilfsprogramme unterworfen haben. Schäuble: Was zähle, sei, dass diese Länder „eine positive wirtschaftliche Entwicklung genommen haben, sodass wir heute zu Recht sagen können: Wir haben die Eurozone erfolgreich stabilisiert“.



FÜR UND WIDER Die Website des Bundesfinanzministeriums zur wirtschaftlichen Lage im Euroraum bekräftigt Schäubles Sicht: „Europa reformiert, Europa konsolidiert – Vertrauen kehrt zurück“, heißt es dort. Dieser Optimismus fußt vor allem auf verbesserten Wirtschaftsdaten der Krisenländer im Jahr 2014 und auf den Hoffnungen für 2015. So wuchs Irlands Wirtschaft zuletzt um 4,8 Prozent, und Spanien erwartet für 2015 eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,3 Prozent.

Doch betrachtet man die Entwicklung der vergangenen drei Jahre, zeigen sich – von Irland abgesehen – oft rote Zahlen (siehe Grafik). Einen Beleg für eine nachhaltige Wirksamkeit der Hilfsprogramme liefern die Daten nicht.

Zweckoptimismus verströmt etwa die finanzpolitische Prognose hinsichtlich Zyperns. In der Länderanalyse des Bundesfinanzministeriums vom Februar 2015 heißt es, Zypern habe „sein Haushaltsdefizit zwischen 2012 und 2014 von 5,8 Prozent auf 3,0 Prozent des BIP zurückgeführt“. Dies sei „eine erhebliche Reduktion vor dem Hintergrund der schweren Rezession in diesem Zeitraum“. Ja, das wäre es, wenn es denn stimmte. Aufgrund einer noch 2014 verbuchten staatlichen Kapitalzufuhr an die Genossenschaftsbanken in Höhe von 1,5 Milliarden Euro sind es dann aber 8,8 Prozent Haushaltsdefizit geworden.

Zudem darf man die angespannte soziale und politische Lage in den sogenannten Krisenländern und mögliche Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung nicht aus dem Blick verlieren. Ein den EU-Sanierern missliebiges Wahlergebnis in Griechenland reichte aus, um das Gespenst vom „Scheitern der Eurozone“ auf den Plan zu rufen.

FAZIT Schäuble hat nicht recht. Die Stabilisierung der Eurozone ist mehr Hoffnung denn Realität.

Hauke Janssen